

30 Jahre Fall der Mauer

Sehr geehrte Landrätin, Frau Karina Dörk,
sehr geehrter Bürgermeister, Herr Hendrik Sommer,
werter Herr Superintendent, Herr Dr. Müller-Zetsche,
verehrte Gäste

Wir haben uns heute hier versammelt, um an ein historisches Ereignis zu erinnern, das mit vielen persönlichen Erlebnissen und Emotionen verbunden ist. Der 9. November 1989 sollte schließlich nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa nachhaltig verändern. Als Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz fast beiläufig die Reisefreiheit bzw. die Öffnung der Grenze nach Westberlin und zur BRD verkündete, was letztendlich den Fall der Berliner Mauer nach sich zog, setzten sich Tausende DDR-Bürger in Bewegung, um sich selbst davon zu überzeugen und um einfach nur dabei zu sein. Einige von ihnen erklimmen später die Mauer und feierten ausgelassen die Sensation ihres Lebens. Die Menschen von Ost und West lagen sich in den Armen. Die meisten von ihnen konnten einfach nicht fassen, was hier gerade passierte.

Nach 28 Jahren zwei Monaten und 28 Tagen war die zu einem Symbol der Teilung und Unfreiheit gewordene Berliner Mauer, die als Todesstreifen in die Geschichte eingehen sollte, nun offen. Und das, obwohl Honecker noch im Januar 1989 verkündet hatte, dass sie auch in 50 und in 100 Jahren noch stehen werde, wenn die Gründe, die einst zu ihrer Errichtung geführt hatten, nicht beseitigt seien. Während der damalige sowjetische Außenminister Schewardnadse ihre Notwendigkeit bereits infrage stellte, sprach Honecker noch immer von einem „antifaschistischen Schutzwall“, der erforderlich sei, um die DDR vor „Räubern“ zu schützen.¹ Noch im Sommer 1989 betonte er: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“. Nur wenige Wochen später ließ er sich noch einmal anlässlich des 40. Republikjubiläums mit verordneten Vorbeimärschen feiern und verkündete die Parole: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Wohl kaum jemand ahnte zu diesem Zeitpunkt, dass die Mauer nur noch einen Monat Bestand haben würde. Die Unzufriedenheit der DDR-Bürger nahm schon Mitte der 1980er Jahre erheblich zu, als Versorgungsengpässe und die fehlende Reformbereitschaft immer spürbarer wurden. So war es der Bevölkerung wohl kaum vermittelbar, warum die von Gorbatschow eingeleitete Politik von „Glasnost und Perestroika“, die einen demokratischen Sozialismus zum Ziel hatte, für die DDR schädlich sein sollte. Spätestens nach dem Verbot sowjetischer Zeitschriften, wie dem „Sputnik“ (1988) und der Verhaftung von 120 DDR-Bürgern, die in Berlin friedlich mit der von Rosa Luxemburg verfassten Losung „Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ demonstrierten, kritisierten auch SED-

¹ Berliner Morgenpost vom 20.1.1989.

Mitglieder die eigene Partei und die von ihr betriebene Politik. Der Wunsch, die DDR zu verlassen, nahm sprunghaft zu, wie die gestiegene Zahl der Ausreiseanträge belegt. Ausreisewillige erinnerten immer wieder daran, dass die Teilnehmerstaaten der KSZE-Folgekonferenz, darunter auch die DDR, das Recht auf Reise- und Ausreisefreiheit im Januar 1989 unterzeichnet hatten. Bereits 1975 hatte sich die DDR international zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bekannt, ohne sich jedoch an dieses Bekenntnis zu halten. Als ein Jahr später der Liedermacher Wolf Biermann, der 1976 nach seinem ersten und letzten öffentlichen Auftritt in der DDR, der in der Prenzlauer Nikolaikirche stattfand, ausgebürgert wurde, zog dies eine Protestwelle zahlreicher Künstler, Schauspieler und Schriftsteller nach sich, die, wie u.a. Manfred Krug, Nina Hagen oder der in Prenzlau aufgewachsene Armin Müller-Stahl, die DDR verließen. Andere weniger prominente DDR-Bürger wurden als Staatsfeinde eingesperrt und zum Teil von der Bundesrepublik freigekauft. Allein zwischen 1964 und 1989 betraf dies fast 34.000 politische Häftlinge, für die der SED-Staat insgesamt 3,4 Milliarden DM erhielt.

Inhaftiert wurde auch der erfolgreiche Prenzlauer Judoka und Vereinstrainer Hartmut Flach, der ausgehend von der politischen Verurteilung seiner Eltern und den daraus resultierenden repressiven Auswirkungen 1978 und 1979 wiederholt einen Ausreiseantrag stellte. Obwohl Flach damit lediglich „verfassungsgemäße Grundrechte“ wahrgenommen hatte, wurde er rechtswidrig zu insgesamt 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Von der Gründung der DDR im Oktober 1949 bis zur Grenzöffnung am 9. November 1989 verließen von rund 17 Millionen Einwohnern etwa 3,5 Millionen den ostdeutschen „Arbeiter- und Bauernstaat“. Davon flohen zwischen August 1961 und September 1989 etwa 95.000 DDR-Bürger. Doch nicht allen gelang die Flucht. Mindestens 140 von ihnen starben an der Berliner Mauer, 371 an der innerdeutschen Grenze und weitere 189 in der Ostsee. 166 DDR-Bürger wurden zwischen 1949 und 1981 hingerichtet. Erst 1987 hob man in der DDR die Todesstrafe auf. Ein Staat, der seine Bürger durch Mauern, Mienenfelder und Stacheldraht halten muss, der auf fliehende Bürger schießen lässt und sein Volk durch politische Schauprozesse einschüchtern möchte, muss es sich gefallen lassen, als Unrechtsstaat bezeichnet zu werden. Die Fluchtbewegung, die auch als „Protest mit den Füßen“ bezeichnete wird, war eine Form des Widerstandes. Zu den 140 Maueropfern gehört auch der Prenzlauer Manfred Mäder, der gemeinsam mit seinem Freund René Groß erschossen wurde. Mit einem LKW Typ W 50 durchbrachen sie im November 1986 ein Grenztor in der Hinterlandsicherungsmauer und den Signalzaun, bevor das Fahrzeug am Sockel der Betonmauer zu West-Berlin zum Stehen kam. Die Grenzsoldaten beschossen das Fluchtfahrzeug mit Dauerfeuer von zwei Wachtürmen aus. Manfred Mäder gelang es noch, vom Dach des Fahrzeuges aus, die Mauerkrone zu erreichen, bevor er von Dietmar S. aus etwa 15 Meter Entfernung im Oberschenkel getroffen wurde. Er fiel auf die Ostseite zurück, wo er anschließend verblutete. Sein Freund René

Groß, der unter dem Fahrzeug Schutz gesucht hatte, wurde durch einen Kopfschuss getötet. Die Ehefrau von Manfred Mäder, der man im Dezember 1987 die Ausreise aus der DDR gestattete, musste sich schriftlich verpflichten, über die Todesumstände ihres Mannes Stillschweigen zu wahren. Manfred Mäder wurde im engsten Kreis der Familie im Grab seiner Eltern auf dem Prenzlauer Friedhof beigesetzt. Das Landgericht Berlin verurteilte Dietmar S., der die tödlichen Schüsse auf Mäder abgefeuert hatte, nach der Wende zu einer Haftstrafe von zehn Monaten auf Bewährung. Leider wurde das Grab von Manfred Mäder 2010 eingeebnet und der Grabstein entfernt. Aus diesem Grund stellte ein Prenzlauer Stadtverordneter den Antrag, eine Gedenktafel für Mäder auf dem „Platz der Einheit“ anzubringen, die dann 2011 anlässlich des 25. Todestages von Manfred Mäder enthüllt wurde.

Bis zum 13. August 1961 waren im Kreis Prenzlau über 800 illegale Auswanderungen zu verzeichnen (davon allein 312 aus Prenzlau). Bei einem dieser Fälle hatte der Prenzlauer Albert Archut, der ein Taxiunternehmen betrieb, angeblich als Fluchthelfer gewirkt, da er zwei Personen nach Berlin beförderte, die dann in den Westen flohen. Er wurde als Fluchthelfer zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Sein PKW wurde zusammen mit seiner Lizenz als Taxifahrer eingezogen und man verpflichtete Archut nach seiner Haftzeit zwangsweise zur Arbeit in der Zuckerfabrik.

Doch auch nach dem Mauerbau versuchten immer wieder DDR-Bürger, das Land zu verlassen, um in der BRD einen Neuanfang zu wagen, wo das Recht auf Freizügigkeit als Selbstverständlichkeit erschien. So haben beispielsweise 1963 in der ersten Jahreshälfte neun Personen aus Prenzlau (alle im Alter zwischen 17 und 27) einen Fluchtversuch unternommen. Davon haben allerdings nur zwei ihr Ziel erreichen können. Während für das Jahr 1974 noch 11 erfolglose Fluchtversuche aus Prenzlau gemeldet wurden, gab es 1975 nur noch zwei, die jedoch beide gelangten. Aus einem Lagebericht der Volkspolizei geht hervor, dass von Juli bis zum Ende August 1989 insgesamt acht Bürger des Kreises Prenzlau die DDR über sozialistische Staaten „ungesetzlich“ verlassen haben. Im Oktober 1989 versuchten drei weitere Personen aus dem Kreis Prenzlau in den Westen zu fliehen, was jedoch verhindert wurde.

Kurz bevor Walter Ulbricht 1961 die Mauer errichten ließ, sagte er auf eine Frage eines ausländischen Journalisten: *"Ich verstehe Ihre Frage so: Dass es Menschen in Westdeutschland gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR mobilisieren, um eine Mauer aufzurichten, ja? Eh, mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht, da sich die Bauarbeiter in der Hauptstadt hauptsächlich mit Wohnungsbau beschäftigen und ihre Arbeitskraft voll eingesetzt wird. **Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.**"* Zwei Monate später begann am 13. August 1961 mit der Abriegelung von West-Berlin der Mauerbau. Mit der Zustimmung der Sowjetunion wurde die Mauer schrittweise zu einem stark befestigten Todesstreifen ausgebaut. Der Westen sah zu und schritt nicht ein. Zu groß war die Angst vor einer Eskalation

bzw. einem neuen Weltkrieg, der noch verheerender als der letzte sein würde. Immerhin war Westberlin auch weiterhin von den Westalliierten erreichbar. Weder die Berliner Blockade 1948/49 noch der Mauerbau haben die Westberliner zur Aufgabe bewegen können. Für die DDR-Bürger sollte 1961 nicht nur das Schaufenster des Westens geschlossen werden. Der Partei- und Staatsführung ging es um die Erhaltung der DDR, die immer mehr Arbeitskräfte verloren hatte. Und wie sich später herausstellte, kam es tatsächlich nach dem Mauerbau zu einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung in der DDR, was dazu Anlass gab, den Mauerbau als heimlichen Gründungstag der DDR zu bezeichnen. Doch spätestens mit der zu Beginn der 1970er Jahre einsetzenden massiven Zerschlagung zahlreicher damals noch bestehender privater Handwerksbetriebe, verschärfen sich die Versorgungsprobleme. Die Planwirtschaft wurde zu einer Mangelwirtschaft. Es fehlte an Ersatzteilen, Baumaterialien und Konsumgütern aller Art. All das machte die Bürger in der DDR erfinderisch, denn eine Flucht in den Westen erschien nach dem Mauerbau fast aussichtslos. Den Bürgern blieb nun eigentlich nichts anderes übrig, als sich in diesem Staat einzurichten. Der Rückzug in eine Nischengesellschaft war die Folge. Viele arrangierten sich irgendwie mit dem System. Doch es gab auch Proteste und Widerstand. Im November 1961 erließ das Kreisgericht Prenzlau Haftbefehl gegen drei Schüler der gewerblichen Berufsschule, denen man vorwarf, während des Unterrichts mit „staatsgefährdender Hetze und Propaganda“ gegen die „Maßnahmen vom 13. August“ und gegen die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche der Sowjetunion gehetzt und RIAS-Parolen verbreitet zu haben. Die Schüler Jürgen Schelk, Gino Rogge und Ralf Weihe erhielten Haftstrafen zwischen 12 und 18 Monaten. Nur sieben Jahre später protestierten in Prenzlau 1968 die drei Jugendlichen Roland Fuchs, Manfred Zudock und Manfred Schmidt gegen die gewaltsame Niederschlagung des Prager Frühlings. Den Beschuldigten wurde vorgeworfen, „Hetzlosungen“ an Häuserwänden und Zäunen angebracht zu haben, um die gleichen konterrevolutionären Verhältnisse in der DDR herzustellen, wie sie damals in der CSSR vorhanden waren. Sie hätten beabsichtigt, eine tschechische Fahne anzufertigen und diese auf der Ruine der Marienkirche zu hissen, wie aus den überlieferten Stasi-Unterlagen hervorgeht. Auch diese Jugendlichen erhielten Freiheitsstrafen.

Zwischen 1949 und 1989 wurden mindestens 59 Personen aus dem Kreis Prenzlau wegen Vergehen wie Staatshetze, Verbreitung von Westnachrichten, Verteilung von Flugblättern, Spionage, Republikflucht oder Beihilfe zur Republikflucht verurteilt. Für die Jahre von 1971 bis 1989 wurden in der Stasi-Kreisdienststelle Prenzlau unter dem Titel „Bekämpfung der Opposition, Überwachung Jugendlicher“ Vorgänge zu Themen wie Abrüstung, politische Untergrundtätigkeit und staatsfeindliche Hetze, Umweltschutz sowie der Punker- und Skinheadbewegung registriert. Unter besonderer Beobachtung standen auch die Kirche und die Junge Gemeinde. Für den Fall einer härteren Vorgehensweise gegen die sogenannten Staatsfeinde, bestanden im Oktober 1989 bereits

konkrete Pläne zur Errichtung von Isolierungslagern. So lagen noch bis zum Ende der DDR in den Panzerschränken der Kreisdienststellen versiegelte Briefumschläge bereit, die auf ein Codewort hin zu öffnen waren. Über 20 Personen des Kreises Prenzlau (darunter 11 aus der Stadt Prenzlau) wurden namentlich für eine beabsichtigte Isolierungshaft erfasst. Einer von ihnen war der Prenzlauer Superintendent Schönherr. In der ausführlichen Begründung der Stasi heißt es dazu u.a. „Er (Schönherr) ist aktiver Verfechter der pazifistischen Bewegung der evangelischen Kirche (...). Er steht in Opposition zu den Beschlüssen der Partei- und Staatsführung und bezieht eine negative Haltung zur führenden Rolle der SED. In diesem Sinne werden die ihm unterstellten Geistlichen des Kreises negativ beeinflusst. Er unterhält aktive Verbindungen in die BRD, USA und nach Westberlin (...)“. Neben einer Personalakte und einer genauen Personenbeschreibung enthält die Akte auch drei verschiedene Transportrouten nach Neubrandenburg, wo ein Isolierungslager errichtet werden sollte. Die für den Tag „X“ geplanten Zuführungen sollten innerhalb von 24 Stunden erfolgen. In der DDR gab es 1988 insgesamt fast 86.000 Personen, die das MfS für eine Isolierungshaft vorgesehen hatte.

Wie groß die Angst der SED und der Staatssicherheit vor einem neuen Volksaufstand war, erkennt man an den getroffenen Vorkehrungen, die auch für den Kreis Prenzlau für die Jahre 1988/89 nachweisbar sind. Geheime Akten aus dieser Zeit enthalten „Maßnahmepläne“ zur Sicherung verschiedener Gebäude und strategisch wichtiger Betriebe. Darin werden als Ausweichquartiere für die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit das Bootshaus und das Parkhotel benannt. Zum Bootshaus war aus diesem Grund bereits eine Telefonleitung geschaltet worden. Als Isolierungsobjekt wurde der „Kultur- und Freizeitraum Hauswirtschaftliche Dienstleistungen Betriebsteil Prenzlau“ am Thomas-Müntzer-Platz benannt. Außerdem sollte im Falle der Mobilmachung die Zahl der Mitarbeiter der Prenzlauer Kreisdienststelle der Stasi auf 76 erhöht werden. Zum Schutz der Kreisdienststelle sollten in der Grabowstraße Voraussetzungen für den Bau von MG-Feuerstellen und Straßensperren geschaffen werden. Als Pioniermittel werden u.a. Sperrschilder, Sandsäcke und Stacheldraht benannt. Auf einer Grundrisskizze wurden die Feuerstellungen mit dem möglichen Beobachtungs- und Schießkegel genau eingezeichnet. Die Bewaffnung bestand aus Pistolen und MPi. Das gesamte Areal der Kreisdienststelle sollte hermetisch abgeriegelt und mit Hochleistungslampen gesichert werden. Außerdem hatte man bereits 1986 Vorkehrungen getroffen, um im Ernstfall sofort alle öffentlichen Post- und Fernmeldeverbindungen kappen zu können. Das Armaturenwerk Prenzlau sollte nach der Zuführung von 270 weiteren Arbeitskräften die Instandsetzung von Schützenpanzerwagen und einzelner Baugruppen von Panzern übernehmen. Auch dem Kraftfahrzeuginstandsetzungsbetrieb KIB sollten 194 Arbeitskräfte zugeführt werden, die man vorrangig zur Instandsetzung von LKW's des Typs „Robur“ und zur Wartung der Motoren einsetzen wollte. Weiterhin wurde angeordnet, die

Verwehrrkapazität der Prenzlauer Untersuchungshaftanstalt von 134 auf 220 Plätze und die Zahl der dort ihren Dienst verrichtenden Wachtmeister und Offiziere auf 48 zu erhöhen. Auch die einzelnen Kampfgruppenhundertschaften wurden bereits ganz konkreten Objekten, wie z. B. dem Hauptbahnhof Prenzlau oder dem Minol-Tanklager, als Schutztruppe zugeordnet. Wir können heute angesichts dieser Absichten sehr dankbar sein, dass sich die Sowjetunion von ihrer Breschnew-Doktrin gelöst hatte und keine sowjetischen Panzer die friedliche Revolution in der DDR niederwalzten, wie es 1953 in der Zeit des Volksaufstandes geschehen war. Weder die Kampfgruppeneinheiten noch die Truppenverbände der NVA oder der Polizei wurden zur gewaltsamen Niederwerfung der Massenproteste in der DDR herangezogen.

Ende der 1980er Jahre war die Zahl der Ausreiseanträge immer größer geworden. Allein im Zeitraum von Januar bis Mai 1988 stellten 18 Personen des Kreises Prenzlau einen Ausreiseantrag. In den ersten sechs Wochen des Jahres 1989 gab es bereits 16 „Anträge auf ständige Ausreise“, wie aus einem Material der Staatssicherheit hervorgeht. Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 stimmten nach amtlichen Quellen 98,85 Prozent der Wähler für die Einheitsliste der Nationalen Front. Die Wahlbeteiligung habe bei 98,77 Prozent gelegen. Später konnte die Wahlfälschung, die mit zum Anlass der friedlichen Revolution in der DDR wurde, eindeutig nachgewiesen werden. In den Unterlagen der Staatssicherheit finden sich auch namentliche Auflistungen der Nichtwähler und verschiedene Stimmungsberichte, die die Unzufriedenheit breiter Kreise der Bevölkerung dokumentieren. Man glaubte den täglichen Erfolgsmeldungen der Presse nicht mehr und hatte das Vertrauen in die SED-Regierung schon lange verloren oder es nie gehabt. Als sich die Genossen der SED anlässlich des 40. Jahrestages am 7. Oktober auch in Prenzlau feiern ließen, kam es noch in derselben Nacht vor dem Kreiskulturhaus in der Franz-Wienholz-Straße, den Prenzlauern sicher besser als LBK-Saal bekannt, zu einer von der Stasi als „Zusammenrottung“ bezeichneten Zusammenkunft von etwa 30 Jugendlichen, bei der Staatsfahnen der DDR heruntergerissen und Parolen, wie „Es lebe das Neue Forum, Stasi raus“, gerufen wurden. Am gleichen Ort wurde am 25. Oktober während einer „Aussprache zwischen Partei und Volk“ öffentlich verkündet: „Schluss mit der Führungsrolle der SED, wir fordern die Auflösung der Kampfgruppen und der Staatssicherheit“. Auf derselben Veranstaltung gab es aber auch Wortmeldungen wie die des Prenzlauers J. P., der äußerte „Er sei bereit, wenn nötig, die Errungenschaften des Staates als Angehöriger der Kampfgruppen zu schützen“, was für Erregung und Empörung sorgte. Bereits einen Tag zuvor waren Bürger aus Potzlow auf die Straße gegangen, um in Sprechchören eine demokratische Mitarbeit in den Volksvertretungen einzufordern.

In der Gemeinde Grauenhagen (Kreis Strasburg) wurden im Oktober 1989 zwei Plakate mit der Überschrift „Mahnwache für politische Gefangene der DDR“ und Forderungen des „Neuen Forums“ von einem Prenzlauer Arbeiter angebracht, der damals im Landbaukombinat tätig war und

dort auch als FDJ-Sekretär wirkte, wie aus einem Lagebericht der Volkspolizei hervorgeht. Und genau dieser mutige Widerstand Einzelner, die mit kleinen friedlichen Aktionen immer wieder auf die Auswüchse der SED-Diktatur aufmerksam machten, war es, der letztendlich zu einer breiten Protestbewegung führte. Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen formierten sich insbesondere in den Großstädten. Doch auch in Prenzlau demonstrierten 1989 über 3500 Bürger aus Prenzlau und der näheren Umgebung vor den Kasernentoren der Sowjetarmee am Röpersdorfer Weg gegen die Stationierung von Kampfhubschraubern.

Auf einer Dialogveranstaltung des Rates des Kreises setzten sich auch Prenzlauer Bürger am 4. November für ein neues Wahlgesetz und den Rücktritt der Regierung ein. Nur drei Tage später trat das Politbüro der SED unter dem Druck der pausenlosen Massenproteste geschlossen zurück.

Die dann am 9. November 1989 vollzogene Öffnung der Mauer und die am 3. Oktober 1990 erlangte Wiedervereinigung Deutschlands muss für uns heute, auch in Anerkennung der zahlreichen damit verbundenen Probleme, als einmalige Chance verstanden werden, in Freiheit und Demokratie zu leben, die die Grundlage für Wohlstand und Wohlergehen sind. Auch wenn die Lebensverhältnisse in Ost und West noch lange nicht einander angeglichen sind, haben die Menschen in Deutschland von den am 9. November 1989 eingeleiteten Veränderungen nachhaltig profitiert. Es ist jedoch gerade heute wichtiger denn je, dass Erreichte zu schützen, sich gegen Populismus und polarisierende Gruppierungen zur Wehr zu setzen und zu verhindern, dass radikale Kräfte von links oder rechts erneut die Demokratie zerstören. In dem vor wenigen Wochen unter dem Titel „So isser, der Ossi“² erschienen Spiegel, schaffte es auch die Stadt Prenzlau Eingang zu finden. Natürlich müssen wir die Ängste unserer Bürger ernst nehmen und gemeinsam für gleiche Lebensverhältnisse in Ost- und West-Deutschland eintreten. Doch es bedarf auch einer größeren Dialogbereitschaft und stärkeren Akzeptanz unserer demokratischen Grundordnung. Kritik ist immer nur dann hilfreich und förderlich, wenn sie uns voranbringt und uns zu pragmatischen Lösungen verhilft, die dem Gemeinwohl dienen. Aus diesem Grund sollten wir gemeinsam darauf achten, dass wir 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, nicht neue Mauern errichten. Es muss uns in Zukunft einfach besser gelingen, als Deutsche und Demokraten zu fühlen und zu handeln und Vorurteile abzubauen. Nur so können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern! Und wir alle wissen, dass es gerade in Prenzlau und unserer Uckermark sehr viele Bürger gibt, die mit ihrem Engagement dafür sorgen, dass unsere Heimat lebenswert ist und lebenswert bleibt. Und deshalb sollte der heutige Tag für uns auch ein Anlass sein, all denen zu danken, die sich ehrenamtlich für das Wohl unseres Gemeinwesens einsetzen. Deshalb rufe ich Sie, meine Damen und Herren, dazu auf, mit mehr Stolz und Zuversicht auf das Erreichte zu blicken. Wir leben in einem

² Der Spiegel, Nr. 35 / 24.8.20019, S. 17.

wiedervereinten Deutschland, das die Freiheit und Demokratie als höchstes Gut betrachtet. Und das gilt es zu bewahren!

Vielen Dank!